

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Juli 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 77.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Wo stehen wir? (III). — Der Deutsche Buchdruckerverein (Schluß).

Gewerkschaftsfrage: Einstellung des Streits im christlichen Lager. — Sieg des Tarifgebauens im Bergbau. — Von den Metallen und Holzindustrien. — Dr. Alexander Kille, der Übermensch. — Über Tagungen von Zentralverbänden. — Jubiläum des Verbandes der Töpfer.

Korrespondenzen: Eßlingen. — Frankfurt a. M. (Schr.). — Gardelegen. — Greiffenberg i. Sch. — Heidelberg. — Plauen i. V. — Neustettin. — Strahburg i. E. — Westerland: Sylt.

Kundschau: Ferien. — Ferienheim. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 (historische Abteilung). — Konturs Wasser in Mainz (Ober-Rheinische Abteilung). — Mangelhafte Zustände in Buchdruckereien. — Druckereien bei Buchschämern. — Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe. — Die Macht der Presse. — Arbeitszeitverkürzung und Ferien. — Neue Ausführlingsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung.

Wo stehen wir?

III.

Geht man den im zweiten Artikel dieser Nummer aus Glanzpunkten zusammengestellten Wunschzettel einiger Prinzipalsvereine durch, so kann man sagen, daß auch für manchen von ihnen die Geschichte der Buchdrucker umsonst geschrieben ist, und daß die Welt oft mit ganz eigenartigen Augen angesehen wird. Der zuletzt aufgeführte Herzogswunsch eines unbekanntem Bezirks unzweifelhaft das Ei des Kolumbus: Den Gehilfen keine Lohnerhöhungen mehr gewähren, dann ist alles gut!

Ob also dort der Reichsregierung und den Mehrheitsparteien im Reichstage in Steuerfragen nach wie vor der rückwärtsloste Klassenegoismus betrieben wird und dadurch die Lebensmittelpreise die auch in andern Ländern erreichte Höhe noch weit übersteigen, ist ganz egal. Wenn der große Kampf zur Schonung des „Portemonnaies der Besizenden“ wieder einmal beginnt, macht man fest mit, damit nur ja die tragfähigen Schultern geschont werden. Die Druckereibesitzer könnten, da sie zu einem anfänglichsten Teile die Herren der Presse sind, durch eine vernünftige Opposition auf dem Steuergebiete der Allgemeinheit und sich selbst viel nützen. Aber sie tun es zu allermeist nicht, trotzdem sie an eignen Leibe und im eignen Betriebe schwer genug empfunden haben, wie schädlich die in Deutschland als Schutz der nationalen Interessen ausgebelebte Kastenpolitik wirkt. Ja, wer der von einigen wenigen Produzentengruppen bestimmten Steuer- und Wirtschaftspolitik nicht zuzubelt, sondern im Interesse der Geschädigten seine Stimme gegen das Treiben der Kostgänger des Volks erhebt, wird noch gescholten. Worin man gerade in Rheinland-Westfalen groß ist mit dem dort überhaupt nicht verkümmenden Neutralitätskäm. Es macht das förmlich den Eindruck eines schlechten Gewissens, weil die allda dominierenden Parteien und deren Organe die Politik zugunsten einer kleinen Minderheit mit aller Werve verfechten. Es war ja bezeichnend, daß auf dem kürzlich in Nürnberg abgehaltenen deutschen Gastwirtstage dem Standpunkte: man müsse mit jeder Partei gehen, die entschieden gegen weitere indirekte Steuern sei, lebhaft applaudiert wurde, und wenn das „Berliner Tageblatt“ im Anschlusse daran als Grundfals auch für die Gastwirte aufstellte: „Gegen die Tyrannei der Wirtschaber hilft nur die Organisation aller Tyrannten“, so gilt das wahrhaftig nicht nur für den Stand der Gastwirte.

Auf die Gefahr hin, es mit noch mehr der von der Arbeitgeberverbänderschen Broschüre „Zünftgehn

Jahre Tarifpolitik“ befangenen Prinzipale zu verderben, erklären wir, daß der „Korr.“ als Anwalt der Gehilfeninteressen auch in Zukunft nicht ruhig zusehen wird, wie die Volksmasse gerupft und einer kleinen Kaste Vorteil über Vorteil zugeschanzt werden soll. Und dann müssen wir schon sagen, daß das Maß der zur Führung eines menschenwürdigen Daseins sich notwendig machenden Gehilfenforderungen wirklich nicht mehr in unser Belieben gestellt ist, sondern diktiert wird von dem Maße der Sünden der regierenden Kreise an der Volkswirtschaft. Man liest ja auch in dem Geschäftsberichte des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins, daß die Handelsverträge das ausländische Geschäft enorm schädigen, also so oder so: Hic Rhodus, hic salta!

Dem besonderen Tarifberatungsausschusse, womit den vielen Unzufriedenen ein guter Bissen zugeworfen ward, übertrug man alles Weh und Ach. Und diese neue Instanz, die uns so vorkommt wie eine verböserzte Auflage der früheren Tariffkommissionen bei uns, und an der es sich jedenfalls auch erweisen wird, daß viele Köpfe den Drei verderben, kann nun sehen, wie sie fertig wird. Der in Breslau damit gekündete Ausweg erscheint für den ersten Augenblick recht glänzend. Das Ende kommt aber auch hier nach; zumal die Gehilfen, deren Organisation man bisher auf das peinlichste jede nicht durch den Tarif gestattete Betätigung in tariflichen Angelegenheiten verwehrte, wohl wissen, was dem § 88 als Bedingung vorausgesetzt ist.

Dieser Tarifberatungsausschuss wäre aber ein Hammer ohne Stiel geblieben, wenn nicht zu diesem ersten Schritte, in ein flotteres Fahrwasser zu gelangen, so etwas wie eine bescheidende Tat gekommen wäre mit der Schaffung eines Fonds für besondere Zwecke. Er war ein Geheimnis, das nicht mehr geheim war, denn man wußte es bereits aus den Kreisversammlungen, daß ein neues „Endziel“ entdeckt worden war. Das Arbeitgeberverbandorgan hatte ja so oft darauf verwiesen, daß die Prinzipalsorganisation finanziell völlig rückgratlos sei. 50000 Mk. Vermögen — abgesehen von den großen Werten in festem Besitze — sind für einen Unternehmerverband von 48 Jahren freilich gar nichts. Aber wie soll nun diesem Mißstande abgeholfen werden? Man will den Verein nicht besser materiell ausrüsten, sondern es soll zur nachdrücklichen Vertretung der Prinzipalsinteressen besser gerüstet werden, und dieses Rüsten ist eben gegen die Gehilfenschaft gerichtet. Das Arbeitgeberverbandorgan spricht schlang von einem beschlossenen Streikfonds, was der Bezirk Vorpomern in seinem letztmaligen Versammlungsbericht übrigens fast ebenso ungeschickt zum Ausdruck brachte. Die in dem „Wunschzettel“ aufgeführten Wundermittel „Schutzkasse“ und „Schutzverband“ weisen ja auch auf den richtigen Weg.

Die „Zeitschrift“ bezeichnet die Schaffung eines außeretatmäßigen Vereinsvermögens als einen prinzipiell neuen Schritt, als etwas Selbstverständliches: „daß eigentlich nur von dem Wettinachen einer alten Unterlassungssünde gesprochen werden kann“. So selbstverständlich erscheint uns nun die Sache nicht, weil die Form dieser Beitragserhöhung so gar nichts Selbstverständliches hat. In seiner Nummer vom 28. Juni erklärt das Prinzipals-

organ im Anschlusse an die vorangehende Bekanntmachung des Hauptvorstandes über das Inkrafttreten des Schutzfonds mit dem 1. Juli:

Fest steht, daß die Prinzipalschaft der organisierten Gehilfenschaft nicht mehr wie bisher mit leeren Händen gegenüberstehen will. Ebenso fest steht aber auch, was bereits in dem Artikel „Klärung und Festigung“ in Nr. 46 ausgesprochen worden ist, daß das Einfließen irgendwelcher das Prinzip des Tarifgebauens bedrohender oder gar scharfmacherischer Tendenzen auf die Haltung des Vereins ausgeschlossen ist. Das dürfte man auch auf Seiten der Gehilfenschaft zu würdigen wissen. Man will auf Prinzipalsseite einen starken Buchdruckerverein nur aus denselben Gründen, aus denen man auf Gehilfenseite einen starken Gehilfenverband will.

Die Gehilfenschaft resp. der starke Gehilfenverband, wie die „Zeitschrift“ in ganz gerechtfertigter Ignorierung der Gutenbergsbund genannten Armseligkeit sagt, würde es verstehen, wenn der Prinzipalsverein durch eine angemessene Beitragserhöhung seinen Finanzen aufhelfen will. Wenn man dafür aber eine so besondere Art wählt, daß dem andern Teile gar kein Zweifel belassen wird, wie er die Sache aufzufassen hat, dann darf wohl nicht erwartet werden, daß ein solcher Beschluß von der Gegenpartei, an deren Adresse er sich ja eigentlich nur richtet, mit Pauken und Trompeten begrüßt wird. Wir können nur unsre im zweiten Artikel gestellte Frage wiederholen: Was würden wohl die Prinzipale gesagt haben, wenn statt des Buchdruckervereins der Verband im sechsten Monate der neuen Tarifperiode in Breslau zur nachdrücklichen Vertretung der Gehilfeninteressen die Schaffung eines Abwehrfonds, „der die Aufgabe erfüllen soll, für den Fall eines Streiks die erforderlichen Mittel anzufammeln“ (siehe Bezirk Vorpomern in Nr. 40 der „Zeitschrift“) beschlossen und diesen über Hals und über Kopf in Kraft gesetzt haben würde, wie es mit dem Fonds für besondere Zwecke zum 1. Juli geschehen ist? Unfre Prinzipale sind in solchen Sachen so empfindlich, daß es ihrer gewiß nicht wenige sein würden, die darin eine Kriegserklärung erblickt und dann in der „Zeitschrift“ vom Leder gezogen hätten, daß der Verbandsvorstand ganz und gar die Zügel verloren habe, und daß daran wieder einmal zu erkennen sei, wie wenig die Gehilfenseitigkeit der radikalen Elemente Herr zu werden vermöge. Unsererseits brauchte dabei auf die „nachdrückliche“ Vertretung unserer Interessen nicht einmal solche Betonung gelegt zu sein, wie es jetzt vice versa geschehen ist, die Entkräftung drüben würde auch ohne dies den Gipfel erreichen. Diesen Breslauer Beschluß einmal unter dem Gesichtswinkel betrachtet, erübrigt sich alles weitere. Man kann doch die Empfindlichkeit nicht nur für sich in Erbpacht nehmen, sondern muß es der Gegenseite schon zugute halten, daß sie die Clefantenhaut nicht als das ihr nun einmal beschiedene Teil anzusehen gewillt ist.

Wenn es in der „Zeitschrift“ noch heißt, der Hauptvorstand habe zwar diesen Antrag gestellt, daß es sich aber bei den Motiven „um die Initiative der Kreisvereine handelt“, und „nur in Rücksicht auf die Stimmung in der Mitgliedschaft und ihr völliges Durchschlagen in den Kreis- und Bezirksversammlungen“ dieser Bewegung dann von der Vereinsleitung entprochen worden sei, so findet unsre Behauptung in dem vorigen Artikel, daß gewisse bedenklichen Strömungen in den Mitglieder-

kreisen vom Buchdruckervereine zu sehr Rechnung getragen wird, damit nur Bestätigung. So stehen nun einmal die Aktien.

Vor zwei Jahren wurde mit der Streitversicherung beim Bunde der Industriellen der Anfang gemacht. Es waren damals Stimmen zu vernahmen, als ob nun der Zeitpunkt gekommen sei, von dem gesagt werden könne: Uns kann keiner! Jetzt wirkt man dieses neue „Stärkungsmittel“ als veraltet schon wieder in die Zeugnisse (Bezirk Vorposten) und glaubt mit dem besondern Fonds ganz bestimmt das Weilmittel gefunden zu haben. Da kann man wirklich gespannt sein, welche Entdeckung in zwei weiteren Jahren gemacht sein wird, um auch den Fonds für besondere Zwecke wieder ins alte Eisen zu werfen.

Von den „folgschweren Beschlüssen“ der Breslauer Tagung dürfte dieser Fonds unzweifelhaft der folgschwerste sein, und was bedeutet er in Wirklichkeit? Rückwärtserei vom Arbeiterstandpunkt aus und Scharfmacherei nach dem Beispiele des in Berlin Ende Juni d. J. gegründeten Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände. Nach dem letzten großen Kampf im Baugewerbe, bei dem den Unternehmern keineswegs die Siegespalme zuteil geworden ist, ging der führende Unternehmerverband sofort an die Gründung eines „Millionen“-Fonds für die nächste Tarifbewegung (1913). Jetzt haben sich nun sieben Unternehmerorganisationen im Bau- und den verwandten Gewerben zusammengetan zur „gemeinsamen Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen“. Der Zweck der Übung kann doch nur der sein, den Wiederabschluß von Tarifen nach aller Möglichkeit zu erschweren. Die „Zeitschrift“ versichert immer wieder, daß scharfmacherische Einschlüsse in Buchdruckervereine nicht aufkommen werden; man wolle den Frieden, aber immer „zu ehrenvollen Bedingungen“. Das ist unser Streben und Bemühen auch. Wenn wir aber die so manchem Prinzipale schwer im Magen liegenden „fünfzehn Jahre Tarifpolitik“ nicht gehabt hätten, wäre der Friede wohl schwerlich immer zu ehrenvollen Bedingungen möglich gewesen. Entweder für den einen oder den andern Teil nicht. So aber konnte dieses Ziel jedesmal erreicht werden, trotzdem jeder Tarifkontrahent die Interessen seiner Partei gewiß stets mit allem Nachdruck vertreten hat. Ob dies in Zukunft noch der Fall sein wird, wo doch der eingeschlagene Kurs mehr zu einem Tarife zu gravitieren scheint, der im alleinigen Interesse der Prinzipale liegen soll, was die „Zeitschrift“ mit Recht unlängst erst als einen Konsens bezeichnete? Wohl mag die Prinzipalsleitung die mittlere Linie immer noch für den gangbarsten und ersprießlichsten Weg halten, allein die Unterströmungen sind im Wachsen. Wenn gegenseitig die beruhigenden Versicherungen der „Zeitschrift“ mit einer nicht zu kleinen Dosis von Skeptizismus aufgenommen werden, dann kann man uns das nicht verargen. Denn solche Vorgänge, wie wir sie seit einigen Jahren beobachten können, sind mehr als bloße Episoden.

Wir sagten, vom Arbeiterstandpunkt aus bedeute die Geschichte mit dem Fonds für besondere Zwecke nichts als Rückwärtserei. Als nämlich die Gewerkschaften noch mit mehr oder weniger Recht als Streikvereine angesprochen wurden, da hatte jede Organisation ihren Streikfonds, zu dem besonders gesteuert wurde. Bei uns Buchdruckern ersetzen die sogenannten Tarifstufen den Streikfonds. Davon ist man fast überall abgekommen. Die Beiträge sind angemessen erhöht worden, um die Gewerkschaften zu jeder Zeit und in jeder Richtung leistungsfähig und gerüstet zu erhalten. In ganz besonderen Fällen wird zeitweilig ein Extrabeitrag erhoben. Mit dem Fonds für besondere Zwecke ist also bei unsern Prinzipalen etwas geschaffen worden, was wir und andre Arbeiter uns schon an den Schuhsohlen abgelaufen haben. Das macht die Sache besonders interessant. Es zeugt das auch von einer organisatorischen Ausreifung bei den Arbeitern und — dem Willen zum Frieden!

Der Fonds für besondere Zwecke, zu dem für den Kopf eines jeden im technischen Betriebe Be-

schäftigten 10 Pf. wöchentlich erhoben werden, und zwar obligatorisch, soll aber auch Wohlfahrtszwecken dienen. Das ist sehr fein ausgedacht. Das Beitragsgähnen ist nämlich nicht eine jedem angebotene Zugend. Die vielen kleinen Prinzipale im Buchdruckervereine würden wohl von diesem besondern Fonds ebensowenig wissen wollen wie von der Prinzipalkasse, die vor zwanzig Jahren auch durch einen Breslauer Beschluß ins Leben gerufen wurde, oder von der industriellen Streitversicherung, die ebenfalls nicht obligatorisch ist. Deshalb hat man das „Unangenehme“ mit dem Nützlichen verbunden und gewährt laut Bekanntmachung vom 24. Juni im Todesfalle den Hinterbliebenen von Mitgliedern eine Unterstützung von 500 Mk. bei mindestens 20 Mk. Jahresbeitrag und eine solche von 1000 Mk. bei mindestens 50 Mk. jährlicher Beitragsleistung. Etwaige weitere direkte Unterstützungen aus gedachtem Fonds bleiben späterer Beschlussfassung überlassen. Den kleineren Druckereibesitzern soll also etwas geboten werden, um sie zu fesseln an ihre Organisation. Damit ist auch der obligatorische Charakter dieses Beitrags schmacht gemacht. Dem Buchdruckerverein erwachsen indes auch Verpflichtungen in Friedenszeiten aus seinem „Streikfonds“. Wie er mit dem ganzen Experimente fahren wird, bleibt trotz der momentanen Einmütigkeit in Breslau wie auf den Kreis- und Bezirksversammlungen über diese unabwiesbare, längst erforderlich gewesene große Notwendigkeit usw. eine Frage nicht allzuferner Zeit, fintelmal die Versammlungsbesucher bei den Prinzipalen nur einen recht kleinen Teil der Mitglieder ausmachen. Der Verband kann je nachdem seine praktische Stellungnahme dazu einrichten. Bangemachen hat bei uns ja noch nie gegolten.

Der Deutsche Buchdruckerverein.

(Schluß.)

Über die Aufnahme der Beschlüsse des Tarifausschusses sagt der an die Breslauer Hauptversammlung, erstattete Geschäftsbericht, die Lohnhöhung habe die Voraussetzungen der Prinzipale weit übertroffen. Man habe teilweise mit 6, teils mit 7 1/2 Proz. gerechnet, die wichtigsten 10 Proz., wozu noch in sehr vielen Orten eine 2 1/2-prozentige Erhöhung des Lokalaufschlags gekommen sei, wären daher durchweg als entscheidend zu hoch bezeichnet worden. Man könne es wohl gelten lassen, daß durch die Verteuerung der Lebenshaltung, im besondern kurz vor der Tarifrevision, die materielle Lage der Gehilfen nicht bedeutend gebessert worden sei, insofern treffe die allgemeine Keuerung doch auch die Prinzipale, namentlich die Kleinen. Diese bisher höchste Lohnzulage belaste das Gewerbe außerordentlich. Der weitaus größere Teil des Mehrbetrags an Lohn müsse von den Arbeitgebern selbst getragen werden. Es komme wirklich nicht nur auf den Willen der Prinzipale an, sondern die Möglichkeit des Wiedereinbringens der Erhöhung der Produktionskosten spreche wesentlich mit. In dem bisherigen Tempo der Lohnhöhung könne es nicht fortgehen. Bei Beurteilung der Sachlage sollten die Gehilfen nicht vergessen, daß der Friede im Gewerbe und die besondern Institutionen der Tarifgemeinschaft, namentlich der Arbeitsnachweis, auch ihnen zugute komme.

Das letztere ist ebenso wahr wie zutreffend auch für die Prinzipale. Zum andern ist zu sagen, daß die Normierung gerade der Lohnforderungen auch nicht allein von dem Willen der Gehilfen abhängt. Dafür sind Faktoren bestimmend und verantwortlich, mit denen soweit nicht eine Force majeure außergewöhnliche Verhältnisse geschaffen hat, wohl öfter einmal Fraktur geredet werden könnte. Es ist darüber im Leitartikel schon das Notwendige gesagt worden. Im übrigen ist das Gesagte denen bei uns zum Nachdenken zu empfehlen, die nach den Tarifverhandlungen auch über deren materiellen Effekt so unzufrieden waren.

Von der neuen Regelung der Lokalaufschläge heißt es, sie habe auf Prinzipalseite teilweisen Widerspruch hervorgerufen. Das ist richtig, und vielleicht in weitergehendem Maße hat sich darüber Unwillen breit gemacht, als es nach dieser Auslassung den Anschein hat. Es wird dann denen, die von der Erhebung der Lokalaufschlägefrage nicht erbaud sind, auseinandergelegt, daß eine Änderung notwendig geworden war, um mit den vielen Unzuträglichkeiten auf diesem Gebiet aufzuräumen. Um unsern Kollegen einen Begriff davon zu geben, welcher Art die Unzufriedenheit mit dem neuen Tarif ist und welche Vorstellungen man sich macht, wie „weiterem“ vorzubeugen sei, haben wir eine kleine Zusammenstellung von den bei der geschiedenen Umfrage geäußerten Ansichten und Absichten vorgenommen und lassen sie hier folgen:

Keine so enormen Lohn erhöhungen bewilligen! Andre Regelung der Lokalaufschläge! Mehr Berücksichtigung der Provinzdruckereien, bzw. der mittleren und kleineren Betriebe! — Der Vereinsgedanke! Haut ab, wenn der

Verein nicht mit einem neuen Gedanken an seine Mitglieder herantritt. Jetzt wächst von unten herauf der Gedanke der Schutzklasse, in der man nicht nur eine reale Stärkung, sondern auch eine ideale zu sehen glaubt, nämlich die starke Betonung der Interessengemeinschaft. — Förderung eines Schutzverbandes für das Buchdruckergewerbe. Die Besitzer der Altendruckereien haben die Ansicht, daß zugunsten der Zeitungsbetriebe das Entgegenkommen gegen die Gehilfen zu weit getrieben wurde; jedenfalls vermögen sie auf dem Wege, immer mehr zu bewilligen, nicht mehr zu folgen, sondern würden den Lohnkampf der Bewilligung vorziehen, die ihren Ruin bedeuten würde. — Weniger Entgegenkommen auf die übertriebenen Lohnforderungen der Gehilfen! — Wenn den Gehilfen nach Ablauf des neuen Tarifs keine weitere Lohnhöhung bewilligt wird, erst dann kann eine Besetzung des Buchdruckergewerbes eintreten.

Wenig, aber herzlich, könnte man sagen. Mit dem letzten Vorschlage zur Güte ist ganz bestimmt das Ei des Kolumbus ausgehebt worden. Wir haben uns aber an anderer Stelle schon darüber genügend ausgelassen.

Die Einführung des neuen Tarifs sei im wesentlichen glatt von statten gegangen. Die Fälle, wo dem Beschlossenen resp. Empfohlenen nicht nachgekommen wurde, wären ganz unerheblich und dürften zum Teil auch auf Mißverständnis der Tarifausschlußbeschlüsse zurückzuführen sein.

Die letzte Tarifeinführung hat sich in der Tat glatt gestaltet. Die wenigen Differenzfälle vermögen das erfreuliche Bild nicht zu trüben. Gaben wir das sogleich anerkannt und der Prinzipalität ein gutes Zeugnis deswegen ausgestellt, so muß doch gesagt werden, daß bei den vom Deutschen Buchdruckerverein empfohlenen Verbesserungen der mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohten sich zum Teil bedauerliche Umstände ergeben haben. Sie sind an Zahl zwar nicht bedeutend, und diesen nicht sonderlich rühmenswerten Fällen stehen wieder solche gegenüber, wo auch die Höherentlohten um volle 10 Proz. aufgebessert wurden. Das ist von den betreffenden Personalen und von uns seinerzeit dankend begrüßt worden. Aber es sind doch Vorwommisse zu verzeichnen, die nicht vereinzelt geblieben sind und auch nicht auf Mißverständnis zurückgeführt werden können. Der Modus mit der Berücksichtigung der Höherentlohten datiert nicht erst aus dem Jahre 1911. Wenn der Vorsitzende einer Organisation für diese die Erklärung abgibt, daß Sorge getragen werde, auch den in Frage kommenden Teil in angemessener Weise an der beschlossenen Lohnhöhung partizipieren zu lassen, und dann eine offizielle Bekanntmachung die Gewährung in bestimmten Aufstufungen empfiehlt, dann kommt das in der Frage der Aufstufung der Leistungen von der „Zeitschrift“ betonte Moment: wie weit der Einfluß der Organisationsleitungen auf den einzelnen Zugehörigen reicht und wie groß demnach der Wert der gegebenen Garantien ist, zur Geltung. Und das hier um so schärfer, weil es sich um bestimmte, fassliche Dinge handelt, die von keinem besonderen Empfinden abhängen und nicht bedeutungsfähig sind. Der Einfluß der Organisationsleitung der Prinzipale hat sich nun nicht bei jedem einzelnen Zugehörigen gezeigt. Werthlieblich hat man das Wort „Empfehlung“ in einem so weiten Sinn ausgelegt, daß wenn allenthalben so gehandelt worden wäre, der Deutsche Buchdruckerverein eine große moralische Niederlage erlitten hätte. Der Kern unserer Prinzipalität ist aber doch noch so gut, daß eine solche Möglichkeit von vornherein als ausgeschlossen gelten konnte. Immerhin hat es in Gehilfenkreisen recht unangenehm berührt, daß selbst in Leipzig ein paar namhafte Druckereien der Empfehlung des Buchdruckervereins nicht voll nachgekommen sind. Wie es heißt, trifft nicht die Firmen, sondern die Geschäftsleitungen hieran die Schuld. Die Firmeninhaber sollten sich bei solchen Angelegenheiten aber doch mehr darum kümmern, was ihre Nachgeborenen tun resp. unterlassen zu tun. So ganz und gar kann ihnen das nicht gleich sein, denn das Renommee solcher großen Druckhäuser leidet unter solchen Kleinlichkeiten nicht wenig. Sehr bezeichnend ist jedoch, daß dort, wo man immer am empfindlichsten ist, der Einfluß der Organisationsleitung in diesem Falle so gut wie ganz versagte. Versagte nicht bei dem einzelnen Mitgliede, sondern bei dem Vorstände des Kreises II selbst. Das in dem Artikel „Dieselbst“ und jenseits“ (Nr. 62) schon einmal andeutend erwähnte Zirkular läßt gar keinen Zweifel aufkommen, daß etwa ein Mißverständnis vorliegen könnte. Man hat es ja auch später ausgesprochen, daß das Mißfallen über die Tarifausschlußbeschlüsse die Freiheit war, den Mitgliedern bei Bekanntgabe der freiwillig zu gewährenden Zulagen zu bedeuten:

„... müssen wir doch ausdrücklich hinzufügen, daß wir nicht in der Lage sind, diese Grundsätze unsern Mitgliedern zur Beachtung zu empfehlen“. Wenn ein Gauvorstand des Verbandes in einem Zirkulare seinen Mitgliedern erklärt hätte, die Geschäftsleitung habe zwar bei den Tarifverhandlungen der Prinzipalität die Versicherung gegeben, dahin zu wirken, daß eine Umwandlung der Arbeitslosen in die Provinz eintritt, und daß die vorgekommenen Eingefälle von Zurückhaltung der Leistungen sich nicht wiederholen, man brauche sich aber daran nicht zu trennen, so würde in Rheinland-Westfalen über einen solchen unerhörten Seitensprung ganz gewiß das größte Hallo entstanden sein. Dieselben Personen aber, die sich allezeit zum öffentlichen Ankläger gegen die Gehilfenschaft resp. gegen den Verband aufwerfen — zur Hauptversammlung in Breslau fanden sie gleich ein ganzes Bündel von Anklagen — glauben einfach machen zu können, was sie wollen. Man ging sogar so weit, in Sachen der von der Organisationsleitung der Prinzipale

quasi verbrüst gegebenen Zusicherung der Aufbesserung der Höherentlohnern mit Stolz zu sagen: „Sie werden daraus ersehen, daß der Vorstand des Kreises II auf dem Plan ist, wenn es gilt, die Interessen der Mitglieder gegenüber unberechtigten Ansprüchen zu wahren“. Das ist doch ein starkes Stück, das jedenfalls in allen Prinzipalstreifen, vom Arbeitgeberverbände natürlich abgesehen, entschieden verurteilt worden wäre, wenn man darum gerufen hätte. Daß man sich dann noch darauf beruft, daß ja auch in Rheinland-Westfalen die freiwilligen Zulagen gemäß der Leipziger Empfehlung nicht so schlecht ausgefallen wären, macht sich wirklich hübsch, denn zu diesem Umstände haben die, die hier von unberechtigten Ansprüchen reden, am wenigsten beigetragen. Man müßte ihnen denn zum Verdienst anrechnen, daß mit jenem Zirkulare vielfach das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht wurde, daß das nämlich auch der Mehrzahl der rheinisch-westfälischen Prinzipale über die Forderung ging. Es wäre ein Fehler, diese Seite der diesmaligen Tarifeinführung nicht einmal zur Sprache käme. Man muß die Splitterträger der Gehilfenschaft an ihren eigenen Taten kennen lernen, und die Prinzipale müssen gewahr werden, wohin der Geist führt, der dort herrscht und tonangebend für das Ganze werden möchte.

Der Sechsmaschinentarif gibt noch zu einigen Bemerkungen Veranlassung. Die Wiedereinführung des Berechnens in den Werbetrieben sei allseitig mit Befriedigung aufgenommen worden, es wäre vom Berechnen aber nur ein mäßiger Gebrauch gemacht worden. Die Maschinenseger müßten einsehen, daß ihre Stellung im Gewerbe eine andre geworden sei, nachdem die Sechsmaschine eine solche Verbreitung gefunden habe. Es wird dann noch kurz erwähnt, daß an einigen Orten ein Widerstand der Maschinenseger gegen die Einführung des Berechnens und die verlängerte Arbeitszeit zu bemerken gewesen sei. Daß bei den Maschinensegerkollegen die Beschüsse des Tarifausschusses nicht mit ambrosianischen Lobgesängen aufgenommen worden sind, ist ja bekannt — uns klingt zu manchen der andern Weisen noch in den Ohren! —; auch soll nicht geleugnet werden, daß hier und da in der ersten Phase Ungehörigkeiten vorgekommen sind. Aber solche Erscheinungen konnten dank der Disziplin im Verbandsbald überunden werden. Wir können jedoch auch hier wieder Übertreibungen auf Prinzipalseite konstatieren. Selbstverständlich, möchte man fast sagen, wiederum beim Kreise II. Es wurde nämlich die Behauptung aufgestellt und gleich zum schwer angelegten Faktum gemacht, im „Korr.“ sei ein allgemeines Vorgehen empfohlen worden, die verlängerte Arbeitszeit nicht zur Einführung kommen zu lassen. Als dafür der Nachweis verlangt wurde, kam als Corpus delicti ein eingeleiteter Artikel zum Vorschein, der den Maschinensegern von A bis Z zurechte, Vernunft anzunehmen, und der in von größter Sachkenntnis und Ruhe diktierten Ausführungen das „Korr.“ und „Wibor.“ der neuen, Besinnungsvollen erörterte. Dieser Artikel hat tatsächlich die Beruhigung der Maschinenseger beigetragen. Anstatt die Tendenz dieses Aufsatzes zu würdigen, klammerte man sich augenblicklich an diesen einen Satz:

Wenn es bisher 25 Proz. der Maschinenseger gelungen ist, eine kürzere als die achtstündige Arbeitszeit zu erlangen, so sollte es uns auch möglich sein, dahin zu streben, daß die halbstündige Arbeitszeitverlängerung nicht voll zur Einführung gelangt. Hier ist der persönlichen Initiative des einzelnen Gelegenheit gegeben, sich zu betätigen.

Daraus wurde das allgemeine Vorgehen konstruiert! Dabei soll aber das Zirkulare, das von denen ausging, die hier als Ankläger auftraten, und in welchem die freiwilligen Zulagen von einem Kreisvorstande so „empfohlen“ wurden, daß es der Aufforderung gleichkam, nichts zu gewähren, nicht von Belang sein! Ein wunderbares Unterscheidungsvermögen und Auslegungsvorgehen! Der Geschäftsbericht behandelt die mit dem Preistarife bisher gemachten Erfahrungen — sie sind nicht viel besser als die mit der Wiedereinführung der Lohn-erhöhung gemachten, und die gleichen Gründe mangelnden Zusammenhanges sind dafür maßgebend — und damit zusammenhängende Fragen ziemlich ausführlich. Wir werden darauf später erst zu sprechen kommen, wenn das vorgesehene gewesen, jedoch in Breslau nicht gehaltene Referat des Herrn Otto darüber in der „Zeitschrift“ erschienen ist. Das Thema ist auch für uns Gehilfen von Wichtigkeit.

Die Leser des „Korr.“ werden aus der Retapuliererung des Geschäftsberichts des Deutschen Buchdruckervereins ersehen, wie wertvoll dieser tiefe Einblick in die Verhältnisse bei den Prinzipalen ist. Es ergibt sich daraus mancherlei, was von Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft ist.

Gewerkschaftsrevue.

Im Lager der christlichen Wortkatheten und Kraftmeier ist man erfolgreich bemüht, dem ihnen von München aus übermittelten Wunsch auf Einstellung der verdrücklichen und schädlichen Polemik zwischen der Köln-M. Gladbacher und Berliner Richtung Rechnung zu tragen. Inwiefern die Nichtberufung des geplanten außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften auf „schlechte Opportunitätsgründe“ zurückzuführen ist, möge dahingestellt bleiben. Uns genügt die Tatsache zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation, daß schon einen Tag nach der Bekanntgabe des päpstlichen Wunsches auf Einstellung der Bekämpfung zwischen den christlichen Glaubens- und Parteigenossen, nämlich

am 20. Juni, der M. Gladbacher Vertreter des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands folgende Erklärung veröffentlichte:

Die Leitung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands erhielt gestern folgende Mitteilung: „Die in Hildesheim gelegentlich der Generalversammlung des Bonifatius-Vereins anwesenden Bischöfe haben die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen“. Auf Grund dessen werden die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands die öffentliche Auseinandersetzung über die Streitfrage vorläufig einstellen. Damit ist also der Waffenstillstand, auf den eingegangen die christlichen Gewerkschaften eben noch voller Enttäuschung weit von sich wiesen, auch für sie eingetreten. Dadurch, daß dem Papste und seinen Bischöfen alles Weitere überlassen bleibt, ist das Vertrauen des Heiligen Vaters in die Ergebenheit seiner Söhne in Deutschland allerdings voll- und gerechtigt worden. Es wäre in der Tat verlockend, in diesem Stadium der Angelegenheit alle papiernen Ansprüche der christlichen Gewerkschafts- und der Zentrumsorgane Köln-M. Gladbacher Richtung, die sich auf die geforderte sofortige Umstratung des Gewerkschaftsrechts beziehen, in einer Zusammenstellung wiederzugeben. Durch nichts würde das Kraftmeierium der Christlichen besser gekennzeichnet werden. Wir begnügen uns jedoch mit der Wiedergabe dessen, was die „Baugewerkschaft“ noch in ihrer Nummer vom 23. Juni verzapfte. Dort hieß es nämlich: „Die christlichen Gewerkschaften haben es satt, sich dauernd beunruhigen zu lassen. Klarheit muß geschaffen werden, eine Vermittlung darf nicht eintreten. Denn schon jetzt heulen die Krühen am Wege: „Kom könne warten“, der Lobesstoß käme ganz sicher, nur jetzt noch nicht usw. Der Sturm, der augenblicklich durch das katholische Deutschland geht, ist nur zu bannen durch absolute Klarheit und Entschiedenheit. Den privaten Berliner „Informatoren“ weise man die Wortleiter des Hauses und schließe die hintere fest, aber ganz fest ab. Obendrein aber schaffe man sich noch einen Hausknecht an, denn auch dieser ist noch vorhanden.“ — Auf diese Tonart waren bis vor kurzem noch die Äußerungen der christlichen Propaganda abgestimmt, die sich bemühten, dem Papst in offener oder versteckter Weise Klar zu machen, daß seine Unschärfe an der Schwelle der Arbeiterorganisationen ihre natürliche Grenze finde. Aus welchem Grund es auch nicht Aufgabe des Vatikans sein könne, sich in Angelegenheiten zu mischen, die Sache der Arbeiter selbst seien. Seitdem in dessen von M. Gladbach aus das Halt auf der ganzen Linie ertönte, ist der zur Schau getragene Männerstolz vor Rom merklich im Schwinden begriffen, wie aus der mitgeteilten Klungebung deutlich hervorgeht. Gedulbig wird man also abwarten, was von den in Hildesheim versammelten Bischöfen an Verhandlungsmassregeln kommen wird. Die bösen Berliner „Informanten“, die „prinzipiell und moralisch unbedenkliche“ Fachabteilungsplaner, können sich inzwischen ins Fäufelchen lagern über die ihnen von der andern Seite bereitete „Niederlage“.

Gegenüber dieser scheinbaren Niederlage der Fachabteiler kann noch auf eine andre hingewiesen werden, die zwar nicht die Christlichen, aber eine von ihnen im Widerstande gegen berechtigte Arbeiterforderungen träftig unterstützte Arbeitgeberkategorie angeht. Es handelt sich dabei um einen Sieg des Tarifgedankens im Bergbau. Während im Ruhrreviere von den Begebenheiten die Möglichkeit eines Tarifvertrages bestritten und alle dahin abzielenden Bestrebungen der Bergarbeiter brüsk abgewiesen werden, mußten die österreichischen Bergherren im Ostau-Karwiner Steinkohlenbergbau sich zum Abschluß eines Tarifvertrages mit ihren Arbeitern bequemen. Die Bedeutung dieses 40000 Bergarbeiter umfassenden kollektiven Tarifvertrages mit dreijähriger Dauer liegt nicht in seinem Abschluß an sich. Dazu weist der betreffende Vertrag noch zu beträchtliche Mängel auf, die erst durch seinen Ausbau beseitigt werden können. Seine eigentliche Bedeutung liegt vielmehr darin, daß durch sein Zustandekommen der Herrenstandpunkt der schier allmächtigen Montanindustriellen eine Erschlitterung erfahren hat. Immerhin soll nicht verkannt werden, daß durch den Tarifvertrag der Arbeiterkraft des Ostau-Karwiner Reviers wertvolle Dienste geleistet werden. Hierher gehört in erster Linie die Sicherung eines bestimmten Lohns. Die Grubenarbeiter sind bezüglich der Lohnfestsetzung in Zukunft nicht mehr auf das freie Ermessen der Betriebsleitungen angewiesen. Durch den Tarifvertrag wird die bisherige willkürliche Bedingfestsetzung beseitigt, und die Betriebsleitungen sind gehalten, die Bedinge so festzusetzen, daß der vereinbarte Durchschnittslohn pro Schicht erzielt werden kann. Das bedeutet eine Lohnregulierung für etwa 30000 Bergarbeiter des Reviers. Neben der Regelung der englischen Bergarbeiterverhältnisse durch ein Mindestlohngesetz gewiß ein vielversprechender Anfang und ein Beweis dafür, daß auch im Bergbau die soziale Entwicklung nicht aufzuhalten ist!

Neben den Vergewaltigten sind es namentlich die Metallindustriellen, die vom Herrenbündel nicht lassen mögen. Infolge ihrer sozialen Rückständigkeit sind sie geneigt, selbst kleinliche Differenzen in Einzelbetrieben zu Staatsaktionen aufzubauschen und mit Ausperrungen vieler Tausender von Arbeitern zu beunruhigen. Gewalttätige Störungen des Wirtschaftslebens sind daher in dieser Industrie an der Tagesordnung. In Berlin, wo die Differenzen in der Eisenkonstruktionsbranche trotz wochenlangender Verhandlungen noch nicht beigelegt sind, bildet die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit den Hauptkonfliktstoff. Gerade die Abneigung

dieser Forderung saßen die Industriellen als prinzipiell wichtig auf und sehen ihr deshalb den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Eine Beobachtung, die auch in andern Gewerben gemacht werden kann. Wenn sich die Drohung mit einer Generalausperrung in der gesamten Metallindustrie auch nicht ohne weiteres in die Tat umsetzen lassen wird, so muß doch auf Arbeiterseite damit gerechnet werden, daß Ausperrungen in erheblichem Umfang in einzelnen Anstalten erfolgen können. So traten z. B. als die Verhandlungen in Hannover ergebnislos verliefen, in Hannover, Magdeburg und Halle a. S. die angebotenen Ausperrungen in Kraft, durch welche bisher rund 19000 Arbeiter auf Straßenpflaster geworfen wurden. Die Anordnung der Ausperrung erfolgte sofort nach Beendigung der Verhandlungen durch den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, über dessen besondere Nützlichkeiten wir erst vor kurzem an dieser Stelle ausführlich berichteten. Die organisierten Metallarbeiter werden ihrem starken Gegner vollste Einigkeit und stramme Disziplin entgegensetzen müssen, um der Zukunft vertrauensvoll entgegenzusehen zu können.

Von dem gleichen Bestreben werden sich auch die Holzarbeiter zweifellos leiten lassen, denn im Holzgewerbe führen die Scharfmacher, gestützt auf den Arbeitgeberverband, dem 134 Verbände angehören, ebenfalls das große Wort. Auf der Tagung der Unternehmer aus der Holzindustrie in Köln, wo sie ihre Taktik für künftige Lohnkämpfe festlegten, spielte der Widerstand gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit die Hauptrolle. Man will sich lieber in kleine Erhöhungen der Stundenlöhne scheiden als der geringsten Forderung auf Arbeitszeitverkürzung stattzugeben. Auch sonst wurden Vorkehrungen getroffen, die der Aufrechterhaltung des Herrenstandpunktes gegenüber den Arbeiterorganisationen entsprechen.

Das Wachstum der letzteren hat übrigens neuerdings wieder bei dem bekannten Ubergang Dr. Alexander Tille eine Kohlenanfall verursacht. In einem Artikel „Die Vereinigungen gewerblicher Arbeiter“, den er in seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ veröffentlicht, giebt er die ganze Schale seines Jorns über die tiefverhassten Arbeitnehmerorganisationen aus. Mit den „Verursachern des Wirtschaftslebens“ haben diese nach Tille nichts zu tun, sondern sie sind „reine Expreserbanden, organisiert zu dem Zwecke, Unternehmer durch künstliche Veranstaltungen in eine Notlage zu versetzen und ihn in dieser härtere Bedingungen aufzunötigen, welche dem Expresser einen Vorteil bringen“. Sogar mit Straßenräubern vergleicht der saarabische Doktor die Gewerkschaften, weshalb er auch jede Vermittlung des Staates ablehnt. „Kann man“, so ruft Tille patetisch aus, „zwischen einem Straßenräuber, der sein Opfer mit der Pistole bedroht, und seinem Opfer vermitteln? Kann man zwischen einem Expresser und seinem Opfer vermitteln?“ „Man kann“, meint der überheblich weiter, „zwar mit einer beruflichen Spar- und Renteigenossenschaft verhandeln, aber doch nicht „mit einer zur Expresierung gegen den Unternehmer organisierten Wandel!“ In dieser Leier geht es mehrere Spalten fort. Wir nehmen von diesem Grusse nur Notiz, um zur Erheiterung unser Kollegen einen kleinen Beitrag zu liefern, zumal erwartet werden muß, daß nicht mehr viele Stillblüten von Tille folgen werden. Denn über kurz oder lang wird sich hoffentlich ein barmherziger Psychiater des Mannes annehmen und ihm ein Quartier anweisen, dessen Wände mit Wumm! tapeziert sind. Wir stimmen der „Frankfurter Zeitung“ nur zu, wenn sie kirchlich schrieb: „Herrn Dr. Alexander Tilles sozialpolitische Theorien erwidert man nicht mehr, und wenn man seine Ausführungen mittelst, so geschieht es nur, um das Publikum zu amüsieren.“

Daß die kraftvolle Entwicklung der freien Gewerkschaften durch Tiraden von Wirtköpfen nicht beeinträchtigt werden kann, das beweisen insbesondere die Tagungen großer Zentralverbände in letzter Zeit sowie die Veröffentlichungen ihrer Mitglieder- und Vermögensbestände. Einiges darüber sei kurz rekapituliert: Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der seinen sechsten Verbandstag in München abhielt, hat es nach sechzehnjährigem Bestehen auf rund 50000 Mitglieder in 200 Filialen gebracht. Sein Vermögen betrug im Jahre 1911 bei 42838 vollzählenden Mitgliedern 652521 Mark. Der Verbandstag befaßte sich u. a. mit der Organisierung des etatsmäßigen Personals, mit der Arbeiterfürsorge in Gemeindebetrieben und mit Statutenänderungen. Der seitherige Vorsitzende Maß wurde mit nur einer Stimme Mehrheit wiedergewählt. — Der Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, der auf seiner jüngsten Düsseldorf-Tagung bekanntlich die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in die Wege leitete, hatte in seiner zweijährigen Geschäftsperiode einen Mitgliederzuwachs von 1276; seine Mitgliederzahl beträgt jetzt 16680, das Vermögen 104528 Mk. — Der Verband der Brauerer- und Mühlenarbeiter tagte in Mannheim. Im Geschäftsberichts des Vorstandes konnte konstatiert werden, daß die Organisation die Zahl von 50000 Mitgliedern überschritten hat. Die Verschmelzung mit dem Verbande der Mühlenarbeiter hat gute Erfolge gezeitigt, wenn auch die Grenzfreiheiten damit nicht vollständig beboben sind. — Auf dem achten Verbandstage des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Breslau wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verschmelzung mit den Organisationen der Gasarbeiter und Seelente nur Fortschritte gebracht habe. Die gemeinsame Organisation hat damit die Zahl von 200000 Mitgliedern erreicht. Die Errichtung eines

Verbandsaufbau soll dadurch ermöglicht werden, daß bis zum nächsten Verbandstage jedes männliche Vollmitglied 2 M., jedes weibliche und jugendliche Mitglied 1 M. Extrabeitrag für diesen Zweck leistet. Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes wurden in einem Referat erörtert, während das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter unter einem besondern Punkte behandelt und eine Resolution angenommen wurde, in der gegen das Unterdrückungssystem der norddeutschen Eisenbahnerwartungen Protest erhoben wird. — Der Deutsche Textilarbeiterverband hielt seine Generalversammlung in Stuttgart ab. Während der Vorstand in der vorigen Berichtsperiode einen erheblichen Rückgang der Mitgliederzahl infolge schlechter Geschäftslage feststellen mußte, war er diesmal in der Lage, einen Aufschwung um 27.126 registrieren zu können. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 140.193, der höchste Stand, den der Verband jemals erreichen konnte. Der Bestand der Hauptkasse betrug am Ende der Berichtsperiode 1229.494 M., derjenige der Ortsverwaltungen 234.768 M. — Die Mitgliederzahl des Schuhmacherverbandes wurde auf seiner Dresdener Tagung auf über 46000 besetzt, der Vermögensbestand auf 505.000 M. — Auf dem Berliner Verbandstage der Holzarbeiter konnte ebenfalls ein mächtiges Erstarken des Organisationsgedankens nachgewiesen werden, denn die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes ist auf 190000 angewachsen, was auch in einer entsprechenden Steigerung des Vermögensstandes zur Geltung kommt. Beim Punkte „Bericht der Redaktion und der Pressekommission“ brachte Verbandsvorsitzender Seipert seine abweichende Meinung hinsichtlich der Haltung der „Holzarbeiterzeitung“ beim Scherl-Konflikt zum Ausdruck. Wie man im eigenen Verband auf dem Standpunkt stehe, daß während der Dauer eines Kampfes über die tatsächlichen Maßnahmen nicht gestritten werden dürfe in Verbandsorganen, so habe die Redaktion auch in diesem Falle gegenüber einer befreundeten Organisation handeln müssen. Es habe mit Recht Unwillen erregt, daß Mitglieder des Buchdruckerverbandes sich gegen ihren Verbandsvorstand auf die „Holzarbeiterzeitung“ berufen konnten. Jedemfalls wäre es besser, in Zukunft derartige Auslassungen über das Vorgehen befreundeter Organisationen zurückzustellen bis zur Beendigung eines Konflikts. Wegen dieser Auffassung des Verbandsvorsitzenden machte sich auf Seiten der Delegierten kein Widerspruch geltend. Nur Redakteur Kayser hielt den ausgesprochenen Tadel für unbedeutend, seine damalige Stellungnahme mit der Bedeutung motivierend, die die Angelegenheit für die Öffentlichkeit gehabt habe.

Auf sein 20jähriges Bestehen blickte am 1. Juli d. J. der Verband der Töpfer und Berufsgenossen zurück. Aus dem Entwicklungsgange des Verbandes, den sein Organ „Der Töpfer“ in einer Jubiläumssnummer schildert, sei hervorgehoben, daß der Töpferverband bei seinem Insbesetzen am 1. Juli 1892 über nur knapp 4000 Mitglieder in 130 Zweigvereinen verfügte. Dabei absorbierte der Bruderkampf über die zweimächtige Organisationsform noch mehrere Jahre hindurch den größten Teil der geistigen und materiellen Kräfte der Berufsgenossen. Dieser Umstand in Verbindung mit dem minimalen Wochenbeitrage von 10 Pf. bereitete dem Verband anfänglich große Schwierigkeiten. Der Kampf um die Organisationsform machte jedoch bald einen besseren Erkenntnis von den wahren Aufgaben eines Arbeiterverbandes Platz, die Beiträge erfuhren eine Erhöhung, und so entwickelte sich der Zentralverband nach und nach zu seiner heutigen gewerblichen Bedeutung. Opferreiche Kämpfe blieben ihm natürlich nicht erspart. Heute verfügt die Organisation der Töpfer über zufriedenstellende Finanzverhältnisse. Ihre Mitgliederzahl hat sich in der Zeit ihres Bestehens mehr als verdreifacht. In fast allen Orten, wo der Verband festen Fuß gefaßt hat, gelang es, den wirtschaftlichen Erfolgen durch Tarifverträge eine feste Basis zu schaffen. So zeigte sich auch in der Entwicklung dieser Gewerkschaft der gute Geist treuer Pflichterfüllung, der die moderne Arbeiterbewegung auszeichnet und lebendig macht.

Korrespondenzen.

Görlingen. Das diesjährige Johannistfest beging der Ortsverein am 22. Juni. Am Nachmittag wurde ein Kinderfest sowie ein Preisquadräteln und -regeln veranstaltet. Die Hauptfeier fand abends unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Vorwärts“ statt. Auch dieses Jahr galt es, wieder einen Kollegen zu ehren, welcher 25 Jahre dem Verband angehörte: Kollege Paul Stadler. Nachdem der Vorsitzende auf die Bedeutung des Tages hingewiesen hatte, übergab er mit entsprechenden Worten für treue Mitgliedschaft dem Jubilar ein künstlerisch ausgeführtes Diplom, das dieser mit Dantesworten annahm. Den Schluß des Festes bildete ein Tanzgen. Dank sei gesagt allen, die zum Gelingen des Festes beigetragen. Dank gebührt aber auch der Druckerei Langguth, welche das dreifarbiges Programm kostenlos herstellte.

Frankfurt a. M. (Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Eine überaus gutbesuchte Versammlung am 10. Juni beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu dem am 28. Februar 1913 ablaufenden Tarife. Der Vorsitzende begrüßte eingangs die von fast allen Kollegen besuchte Versammlung und hoffte, daß alle Kollegen so zahlreich wie heute an der ganzen Tarifbewegung teilnehmen mögen. Er hielt alsdann ein längeres Referat, in welchem er die Mängel und Schattenseiten des jetzigen Tarifs beleuchtete. Angesichts der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der durch die technischen Fortschritte in unserm Beruf bedingten Veränderungen empfehle es sich, eine Revision des Tarifs zu beantragen. Da wir hier noch keinen einheitlichen Tarif hätten, so müßte hauptsächlich darauf gesehen werden, einen Einheitsstarif für Frankfurt a. M., Offenbach a. M. zu erreichen, was für die Komplettschneidmaschinen keine Unmöglichkeit sei; die Fuchermaschine, die Böttcherische Schnellgußmaschine, Stempelische Doppelschnellgußmaschine und die neuerdings auf dem Markt erscheinende Schnellgußmaschine „Rapid“ einheitlich zu tarifieren. An die vortrefflichen Ausführungen des Vorsitzenden schloß sich eine lebhafte Diskussion. Die verschiedenen Redner äußerten sich im Sinne des Vorsitzenden und stimmten der Revision des Tarifs zu. Sie betonten hauptsächlich die Notwendigkeit der Schaffung eines Einheitsstarifs für Frankfurt a. M., Offenbach a. M. Im Anschlusse daran wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt, die alle diesbezüglichen weiteren Schritte unternehmen soll. Gauvorsitzer Dominé war anwesend und wies u. a. darauf hin, daß nur die Einigkeit der Kollegen zum Gelingen unserer Sache führen könne. Es wurde dann eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die von über 260 Kollegen besuchte imposante Versammlung.

Cardelen. Der hiesige Ortsverein veranstaltete am 23. Juni, begünstigt von herrlichem Wetter, sein erstes Johannistfest. Es bestand aus einem Ausflug nach der königlichen Forst Gellingen mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein. Eine kurze Bahnfahrt führte uns ans Ziel. Nach stundenlangem Spaziergange in dem schönen, schattigen Walde lehrte man in Keglingen ein, um sich nach den Strapazen zu kräftigen. Hier blieben die Kollegen noch einige Stunden gemütlich beisammen.

Greiffenberg i. Schl. Am 23. Juni feierte der hiesige Ortsverein sein diesjähriges Johannistfest. Nach vorausgegangenem Frühshoppen fand nachmittags gemeinsamer Spaziergang nach dem „Roten Saum“ in Schosdorf statt, wozu sich die Kollegen mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden hatten. Am Ausflugsort angelangt, entwickelte sich bald reges Leben und Treiben und die Stunden verfloßen bei Gesang, Preisquadräteln und Tanz nur zu rasch. Abends war Schlußfeier im Vereinslokale „Preußischer Hof“. Hier gedachte der Vorsitzende in seiner Rede unseres Altmeisters Gutenberg und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Verband aus.

R. Heibelberg. Vom schönsten Wetter begünstigt, beging unser Bezirksverein unter zahlreicher Beteiligung hiesiger und auswärtiger Kollegen am 23. Juni seine Johannistfeier durch einen Ausflug ins burgen- und jagdenreiche Redartal mit dem Endziele Mosbach. Hier fand mittags im „Bahnhofshotel“ ein Festessen statt, dem sich am Nachmittag die eigentliche Feier, bestehend in Vokal- und Instrumentalvortrag, Preisquadräteln und Tanz, angeschlossen. Vorsitzender Schreiber hielt hierbei eine feierliche, der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprache, gedachte sodann unserer Organisation, rückte auch das Verhalten unserer Gegner ins rechte Licht und schloß mit der Mahnung, immerdar zur stürmerprobten Fahne des Verbandes zu stehen. Sein Hoch galt der schwarzen Kunst und dem Verbands. Später ergriff der zweite Vorsitzende Maurer das Wort, wies darauf hin, daß Kollege Schneider nunmehr 20 Jahre als Bezirksvorsitzender amtierte, danke ihm für seine unerermüdete Tätigkeit, die er während dieser Zeit im Interesse unserer Organisation entfaltete und überreichte ihm als sichtbares Zeichen der Anerkennung ein Geschenk in Gestalt einer schönen Uhr. Namens der Mitgliedschaft Mosbach beglückwünschte Kollege Fost den Jubilar und überreichte ihm ein Bild von Mosbach. Kollege Schneider dankte für die ihm erwiesene Ehrung und betonte, daß hauptsächlich sein Idealismus als Gewerkschaftler es ihm ermöglicht habe, das schwierige und oft recht undankbare Amt eines Bezirksvorsitzenden 20 Jahre und, sofern es ihm seine Gesundheit erlauben werde, auch fernerin zu bekleiden. Glückwunschtelegramme sandten der Gauvorsitzende, der Bezirksverein Mannheim sowie die Kollegen Gutendorf (Saarbrücken) und Vellenberg (Samburg). Abends 8 Uhr wurde die in allen Teilen schön verlaufene Feier, um deren Gelingen sich auch die Mosbacher Kollegen verdient gemacht haben, beendet, worauf die Rückfahrt nach Alt-Heibelberg angetreten wurde.

Blauen i. W. Unser diesjähriges, am 23. Juni abgehaltenes Johannistfest nahm einen äußerst schönen Verlauf. Nicht nur viele Kollegen aus fast allen Orten des Bezirks Blauen, sondern zu unserer Freude auch die Kollegen Steinbrück und Reichenbach (Dresden) und Kraßer (Zwickau), die anlässlich der Tagung der sächsischen Ortsvereine in Blauen weilten, besuchten uns mit ihrem Besuche. Die Darbietungen des Gesangsvereins „Gutenberg“, die Rezitationen des Kollegen Steudner und besonders die mit reichem Beifall aufgenommene Festrede des Kollegen Engelbrecht (Leipzig) gaben dem Feste das richtige Gepräge. Für die Herstellung des hübschen Johannistfestprogramms der Firma G. Lange & Co. besten Dank.

A. Neustreiß. Der Bezirk Südost-Mecklenburg (Vorort Neustreiß) feierte am 23. Juni ein Bezirksjohannistfest in Neubrandenburg. Die Kollegen aus den Bezirksorten waren mit ihren Damen sehr zahlreich erschienen. Nach dem Eintreffen der auswärtigen Teilnehmer erfolgte um 9 Uhr vom Bahnhof aus unter Vorantritt der Neubrandenburger Stadtkapelle der Einmarsch nach dem Stadtlöwen „Tivoli“. Hier begrüßte

zunächst der Neubrandenburger Ortsvereinsvorsitzende Ahrendt die Festteilnehmer, während Bezirksvorsitzender Geisler (Neustreiß) die Bezirkskollegen und den Gauvorsitzer Dahnte willkommen hieß. Hierauf wurde ein Gang durch die Stadt angetreten, dem sich ein Spaziergang nach dem Brodaer Holz anschloß, um dort dem leiblichen Wohle zu genügen. Unterdessen hatten an der Bandungsstelle des herrlichen, walumbürzten Tollensees zwei Dampfer angelegt, die die Festteilnehmer nach dreiviertelstündiger Fahrt auf dem See nach dem Reinerower Holze brachten. Bei dem hier stattfindenden Mittagessen brachte Kollege Dahnte den Trinkspruch auf den Verband aus. Konzert, Gewinnspiele für Herren und Damen, Besuche für Damen sorgten im weiteren für Abwechslung. Nach dem Einmarsch zur Stadt vereinigte die Festgäste Konzert, ein stimmungsvoller Prolog, humoristische Vorträge, das Lustspiel „Der stille Teufhaber“ und Tanz im Festloale „Tivoli“. Die geschmackvollen Festdruckchen lieferte die Neubrandenburger Kollegenchaft. Auch die Kollegen der „Landeszeitung“ in Neustreiß hatten ein kunstvoll ausgestattetes Tafelbild gestiftet.

st. Strahburg i. E. Am 23. Juni feierte unser Bezirksverein sein Johannistfest. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Familienangehörigen erschienen, und schon kurz nach der festgesetzten Zeit war der geräumige Garten des „Tivoli“ von einer festesfrohen Gemeinde besetzt. Die von der Kapelle des Infanterieregiments Nr. 136 zum Vortrage gebrachten Musikstücke fanden gerechte Würdigung, während die von unserer „Typographia“ unter der Leitung ihres Dirigenten, des Kollegen Hans Brincour, vorgetragenenlieder nahe Weisfallstürme entsetzten. Für weitere Unterhaltung wurde durch Arrangieren von Preisquadräteln und -regeln sowie Damen- und Herrenquadräteln hinreichend gesorgt. Auch die Kinder der Kollegen wurden durch Übergabe eines kleinen Geschenkes angenehm überrascht. Vorsitzender Kallinich ehrte gegen Abend vier dem Verband ununterbrochen 25 Jahre angehörnde Kollegen, und zwar die Mitglieder Hans Brincour, Eugen Schwind, Georg Mehl und Hermann Standop. In kurzen Worten feierte er die Verdienste, die sich diese Kollegen während eines halben Menschengalters um den Verband erworben haben, dabei die jüngere Generation ermahnen, in derselben unverbrüchlichen Treue und Hingebung zu unser stolzen Organisation zu stehen. Nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde jedem der vier Veteranen ein künstlerisch ausgeführtes Diplom mit Widmung überreicht. Nach der Abwicklung des Programms folgte der Ball, der die Festgemeinde bis in die frühen Morgenstunden in ungetrübter Fröhlichkeit beisammensah. Dem Gesangsvereine „Typographia“ gebührt für seine lebenswichtige Mitwirkung herzlichster Dank. — Als Nachfeier fand am Abend des 29. Juni eine Stadtfahrt nach der Gutenberglände statt, um ein Gedächtnis davon Kunde gibt, daß unser Altmeister Gutenberg hier die schwarze Kunst erfunden hat.

Weserland-Schl. Die hiesige Mitgliedschaft feierte ihr diesjähriges Johannistfest durch eine Wagenfahrt nach dem romantischen Morjunktiff. Nach Besichtigung desselben vergnügten sich die Kollegen mit ihren Damen noch einige Stunden durch Preisquadräteln und -schießen, woran sich nach dem Abendessen ein Tanzkränzchen schloß. Sämtliche Teilnehmer waren von dem harmonischen Verlauf des Festes voll befriedigt.

Rundschau.

Ferien! In Ebersfeld bewilligte die Papierwarenfabrik von Schmidt & Co. ihrem Gesamtpersonal (etwa 150 Personen) einen Erholungsurlaub unter folgenden Karenzen: bei einer Geschäftszugehörigkeit bis zu fünf Jahren zwei Tage, über zehn Jahre drei Tage und über 20 Jahre sechs Tage. Drei dabeist beschäftigte Kollegen fallen unter die mittlere Karenzbedingung. — In Kattowitz gewährt die Buchdruckerei Siedwina ihrem Personal bei dreijähriger Tätigkeit drei, bei vierjähriger vier und bei fünfjähriger Tätigkeit sechs Tage Ferien. — In der Kreisblattdruckerei von J. Albrecht in Osterode wurden die Ferien in folgender Ordnung eingeführt: Faktor, Metteur und Maschinenmeister erhalten acht, jene Gehilfen, die über zwei Jahre im Geschäft tätig sind, je fünf und die übrigen drei Tage.

Ferien für Buchdruckerei später ausgesprochen, besser G. C. am 23. Juni. Die Tarifausgleichsbeschlüsse Zeit berichtet, daß die Mitgliedern der Bekannntgabe vis-à-vis der gewährenden Zulassung bedeuten: heirateten die doch auch wiederum das fest, ein, daß fertiggestellt. Jeder verheiratete Angehörige des „Niederer Gewerkschafters“ in den Genuss der Wohltaten dieser Stiftung kommen.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914. Wie nunmehr endgültig beschlossen ist, soll die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik auch eine historische Abteilung enthalten. Während die buchgewerblich-graphischen Sondergruppen mit ihren technisch-besonderen Ausstellungen größtenteils retrospektive Ausstellungen ihres Spezialstoffes enthalten werden, so die Entwicklung der Schrift, der Schreibstoffe, anstehender Vorbereitung, der Photographie, der Photomechanik, der Schriftgüsse, des Druckes, der Buchbinderei, und es ist sich hier um die Errichtung einer Halle der Kultur, in der in einheitlich-geschlossenen, chronologisch-universalgeschichtlichen Zusammenhänge die (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 6. Juli 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 77.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Entwicklung der Kultur dargestellt werden wird, wie sie sich in Entstehung, Entwicklung und Wandlung buchgewerblich-graphischer Betätigung im weitesten Sinne niedergeschlagen hat; angefangen bei den Resten vorgeschichtlicher Zeit und der Veranschaulichung der einschlägigen Verhältnisse bei den primitiven Völkern über die Kulturvölker des alten Orients und der griechisch-römischen Welt hinweg durch das Mittelalter hindurch bis in unsere Gegenwart, ja in zukünftige Völkungen hinein, vor deren Keimen unsere Gegenwart steht. Die geschichtliche Absteigerung wird also keine Bücher-, Handschriften- oder Bilderausstellung sein. Es handelt sich vielmehr einmal um die Entwicklung der Mittel und Werkzeuge, mit denen geistige Werte über Raum und Zeit hin vermittelt werden; und sodann darum, wie die Herstellung und das Erzeugnis, der Vertrieb und die Fortkürze in den verschiedenen Zeiten gestaltet war, und um die Veranschaulichung dessen in einheitlichen Kulturbildern.

Konkurs. Über das Vermögen des Buchdruckerbetriebers Philipp Massar, früher in Mainz, jetzt in Oberengelheim wohnend, wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Mangelhafte Zustände in Hausdruckereien. Die sogenannten Hausdruckereien, welche größere Betriebe zur Herstellung der Drucksaften für ihren eigenen Bedarf einrichten, weisen sehr oft recht mangelhafte Zustände auf. Zumeist wird dieser Umstand darauf zurückzuführen sein, daß solche Betriebe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer sonstigen Arbeiter auch auf die in der Druckerei Beschäftigten auszudehnen versuchen. Schon manchen Kampf haben dieserhalb die Tarifgemeinschaften und Verbände mit den Inhabern solcher Betriebe ausfechten müssen. Daß dies auch in der Folge noch nötig sein wird, beweist eine kürzlich freigelegene Stelle in der Druckerei der Öl- und Malerfarbenfabrik von Dr. Schoenfeld in Düsseldorf. Diese Firma suchte einen Schweizerdegen für ihre Hausdruckerei, der wie die übrigen Angehörigen des Betriebes zehn Stunden arbeiten dürfte, ohne Kündigung stehen sollte und, dem ein Tagelohn von 4,50 Mk. geboten würde. Leider finden sich immer noch kurzfristige Gehilfen, die ohne Rücksicht auf die tariflichen Bestimmungen in solchen Betrieben Stellung annehmen und dadurch sich selbst und die Tariffrage schädigen.

Von den Druckereien der Postämter. Wie die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ berichtet, hat der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins vor einiger Zeit eine Eingabe an das Reichspostamt gerichtet, in welcher unter Hinweis auf die nachteiligen Wirkungen einer beschränkten Druckereiangliederung an die Postämter für die Privatbetriebe die Bitte zum Ausdruck kam, von der Errichtung fiskalischer Druckereibetriebe Abstand nehmen zu wollen. Darauf hat nun das Reichspostamt eine sehr ausweichende Antwort gegeben und nur die Zusage gemacht, daß eine Erweiterung der in Frage kommenden Druckereibetriebe zu regelrechten Druckereien nicht beabsichtigt sei.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“. Das Vereinsorgan des Deutschen Buchdruckervereins erscheint seit Anfang Juli mit einem andern Kopfe. Von dem bisherigen Kopf unterscheidet er sich durch den Wegfall der Zieleiste, des Wortes „Steindrucker“ im Haupttitel und der Worte „des Bundes der Lichtdruckanstalten“ aus dem Organverzeichnis. Die Änderung bringt ein modernes Schriftbild des Haupttitels in folgender Fassung: „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“. Die Leser dieses Organes des Deutschen Buchdrucker- und verwandten Gewerbeschaftsberufsvereins, dessen Tätigkeit mancherlei in der Bedeutung für die Buchdrucker- und verwandten Gewerbe des Bundes der Lichtdruckanstalten erklärt sich dadurch, daß die genannten Organisationen schon seit mehreren Jahren eigene Organe haben. Die bisherige Zieleiste hat seit 1904 ihren Dienst getan.

Die „Macht“ der Presse. In einem kleinen bayrischen Provinzialblattchen fand sich nach dem „Buchdruckerwochen“ folgende Notiz, die zwar nicht mehr ganz neu, desto besser aber aufreißend ist: Infolge Mangelangels mußte eine Anzahl Geburten- und Todesfälle auf die nächste Woche verschoben werden. Redaktion.

Arbeitszeitverkürzung. Konkrete, zwei bemerkenswerte Urteile aus wissenschaftlichen Kreisen über die vorerwähnten Themen, von denen eins sogar für wirblich gefunden wurde, in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, also einer ausgesprochenen Unternehmerrzeitung, abgedruckt zu werden, verdienen aus gewissen Gründen auch im Buchdrucker- und verwandten Gewerbe besondere Beachtung.

Die Schädlichkeit der Überstundenarbeit sowie die Nachteile des Mangels oder der Entziehung eines jährlichen Erholungsurlaubs werden dadurch in bester Weise vor Augen geführt. Ein Artikel in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 28. Mai d. J. enthält über das Problem des Arbeitszeitgesetzes von Professor Dr. Zwiedinek-Südenhorst folgenden Abschnitt: „Der arbeitende Mensch muß auch eine gewisse Zeit zur Verfügung haben, die er der Entwicklung seiner Persönlichkeit widmen kann, das wertvollste Moment, um der unbefriedigenden Herrschaft der Masseninstinkte entgegenzuwirken und die Hoffnungslosigkeit zu überwinden, die ein so wichtiger Faktor in der Proletarierkämpfung ist. Zu dieser Entwicklung braucht das Individuum nicht nur im Stadium körperlicher Unreife, sondern noch später Zeit und Kraft, und deshalb soll die Berufsarbeit nicht bloß das verfügbare Zeit-, sondern auch das Kraftmaß nicht voll erschöpfen. Was will man von einem Geschlechte von Menschen erwarten, deren tägliches Einzelne günstigenfalls jahrelang in nichts andern sich abspielt als in zwölf Stunden Aufenthalt in der Arbeitskätte, zwei Stunden Wegs zu und von derselben, acht bis neun Stunden Schlaf und ein bis zwei Stunden Nahrungszufuhr? Raum wird jemand zu jenen Verhältnissen zurücksteuern wollen, die den alten Cato zu dem Ausspruch veranlaßten, Sklaven dürften entweder nur arbeiten oder schlafen; denn die Erkenntnis hat sich wohl durchgerungen, daß die geistigere, andern als rein sinnlichen Genüssen zustrebende Arbeiterkategorie leistungsfähiger ist. So findet man wohl den Staat heute allenthalben besorgt, für die Grundlegung zu einer geistig-sittlichen Entwicklung jedes Individuums den Elementarunterricht zu handhaben, aber andererseits zumeist völlig untätig dem Zerfalle dieser Grundlagen zusehend, ohne daß daran gegangen würde, die Voraussetzung für den Ausbau derselben zu schaffen. Die Fortbildung neben den Berufsarbeiten ist für sich eine Arbeit, die nicht geringe Energie erfordert. Wird diese Fortbildung möglich, so kann man wieder hier gerade auch mit einer Wechselwirkung rechnen, denn die Umleitung des Innenmenschen von der Alltagsmühsal der Arbeit und weit-hergeleiteter Mühsal einer solchen Verbindung ist weitgehendend: Arbeitszeitgesetz. Dr. Zwiedinek-Südenhorst nur zum Ausdruck, was Laiende und Überausende aufwärts ringerder Arbeiter fühlen und denken: Es sind Gedanken, die aus der Tiefe des Arbeiterlebens gegriffen sind. Denn ihre Grundtendenz ist die, daß der Arbeiter nicht nur ein Arbeiter, sondern auch ein Glied der menschlichen Gesellschaft ist und als Mensch vor Ausbeutung und Raubbau an seiner materiellen und geistigen Persönlichkeit geschützt werden muß im Interesse der Gesamtheit. Im gleichen Sinn äußerte sich in letzter Zeit auch ein Arzt, Dr. Wilms Fischer, in der „Deutschen Industriebeamtenzeitung“ über die Notwendigkeit eines jährlichen Erholungsurlaubs. Er schreibt u. a.: „Es gibt, wie jeder in der Praxis stehende Arzt bestätigen wird, eine Reihe von Krankheitszuständen, in denen jedes Mittel versagt, wofür nicht eine Luftveränderung Platz greift. Es sind dies gewöhnlich gar nicht die schweren, mit ganzer Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen. Bei Malaria, Blutarum, Nervosität, Erkrankungen der Atmungsorgane u. a. m., also bei Krankheiten, die zumeist zu einer unmittelbaren Arbeitsunterbrechung nicht führen, aus denen aber, wenn nicht rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, tiefgreifende Übel sich entwickeln können, da wird von Krankentafeln und Arbeitgebern jetzt vielfach schon die Überweisung an einen Kurort bewilligt. Aber man sollte nicht abwarten, bis eine Erkrankung sich zeigt. Es weiß nachgerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr wert ist als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitschädigungen durch seinen Beruf ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Personen, die mit giftigen Stoffen in Verbindung kommen und die angreifenden Gasen oder widerlichen Gerüchen ausgesetzt sind; es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Alt- oder Werkstoffstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Betätigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsschichten darf man, wenn man auf das Wohl des einzelnen wie des Volksganges bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt; hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksamste Mittel für eine Prophylaxe in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub. Bemerkenswert sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind. Was soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen? Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beabsichtigte Zweck, die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden.“

Neue Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung. Im „Reichsgesetzblatt“ wurde dieser Tage nachstehender Erlass des Bundesrats veröffentlicht: Für die Zeit, bis die Vorschriften des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, kann die oberste Verwaltungsbehörde die Aufgaben, die auf dem Gebiete der Krankenversicherung den unteren Verwaltungsbehörden und den Aufsichtsbehörden der Krankentafeln obliegen, den Vorsitzenden der Versicherungsämter übertragen. Die bei den unteren Verwaltungsbehörden und Aufsichtsbehörden schwebenden Angelegenheiten gehen dann in der Lage, in der sie sich befinden, auf die Vorsitzenden der Versicherungsämter über und sind von diesen zu erledigen. Die Weisiger der bisher bestehenden Schiedsgerichte (§ 3 des Gesetzes betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsordnung vom 30. Juni 1900, „Reichsgesetzblatt“ S. 573) sind als Weisiger in den Oberen Versicherungsämtern so lange zuzugehören, bis die auf Grund der §§ 71 ff. der Reichsversicherungsordnung gewählten Weisiger ihr Amt antreten. Die oberste Verwaltungsbehörde kann durchweg näheres bestimmen.

Durchgehende Tagesstundenzählung. Wie wir der „Buchdruckerwoche“ entnehmen, werden von den französischen Postanstalten ab 1. Juli d. J. die Stunden des Tages fortlaufend von 0 bis 24 gezählt und die Gleitpapiere und Formulare entsprechend der neuen Zeiteinteilung ausgefüllt. Bei allen Drucksachen (Fahrplänen, Formularen usw.), die für Frankreich bestimmt sind, muß in Zukunft dieser neue Stundenbezeichnung, die in Belgien, Italien und Spanien schon seit langer Zeit durchgeführt ist, von den deutschen Druckereien Rechnung getragen werden. In Deutschland hat man die Frage auch schon an verschiedenen Stellen geprüft, namentlich auf mehrfach geäußerte Wünsche aus Handelskreisen hin, doch besteht an den maßgebenden Stellen wenig Geneigtheit, die fortlaufende Zählung der Tagesstunden einzuführen. Die Handelskammer in Chemnitz hat vor kurzer Zeit eine ausführliche Rundfrage in ihrem Bezirk veranstaltet. Von den 43 Antworten lauteten 23 für die Einführung, 13 dagegen, in sieben Fällen wurde keine Erklärung abgegeben. Die Freunde der Neueinteilung sehen deren Vorteil in einer Vereinfachung der Fahrpläne, auch für die Abgangsstempel auf den Postsendungen und der Angabe der Zeit auf Telegrammen und somit in einer leichteren Kontrolle der Posten. Bekanntlich hat ja auch die Eisenbahnverwaltung bei der Kontrolle des Güterwagenvorkehres und der Fristen für die Beladung und Entladung der Wagen die 24-Uhrzeit bereits eingeführt. Man muß aber in Erwägung ziehen, daß eine solche Neuordnung nur dann einen praktischen Wert hätte, wenn sie auch sonst einheitlich im öffentlichen Leben, so auch im Schiffsverkehr und Eisenbahnverkehr, zur Durchführung gelangte. Solange diese Einheitlichkeit nicht besteht, wäre die „24-Uhrzeit“ nichts andres als eine unnütze Umwälzung, die auch Erschwerungen in sprachlicher Beziehung durch die langen Worte nach sich ziehen würde. Die deutsche Kaufmannschaft hat sich zum großen Teile gegen die Umänderung ausgesprochen.

Verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 30. Jahrgang, Heft 20. Abonnementspreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

„Geschichte der deutschen Schmiedebewegung.“ Darstellung der Gebräuche und Gewohnheiten aus der Kunstzeit, Vorgeschichte und Geschichte der Schmiedeorganisationen von ihren Anfängen bis zum Falle des Sozialistengesetzes. Nebst einem Anhang: Urkunden und Abbildungen aus dem Kunst- und Innungsleben. Im Auftrage des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen herausgegeben und bearbeitet von Emil Hasner in Berlin. Erster Band. Preis 5 Mk. Zu beziehen durch den Verlag des Zentralverbandes in Hamburg.

„Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore.“ Drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Publikationen sind Hilfsmittel für Deutsche zum Weiterstudium der französischen, englischen und italienischen Sprache sowie auch für Franzosen, Italiener oder Engländer zur Erlernung des Deutschen. Probennummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 12. 23. Jahrgang.

„Für Alle Welt.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Lang & Co., Berlin. XVIII. Jahrgang, Heft 24. Preis 40 Pf.

„Wie macht man sein Testament kostenlos selbst?“ Unter besonderer Berücksichtigung des gegen-

seitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen von H. Burgemeister: Neuaufgabe 1912. Gesehverlag S. Schwarz & Co., Berlin S 14, Dresdner Straße 80. Preis 1,10 Mt.

"Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik" von August Mai. Heft 2 der Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung von Max Grünwald herausgegeben. Preis 40 Pf. Zu beziehen durch den Verlag von Rade & Co. in Dresden.

"Goethe und die Arbeiter" von Max Grünwald. Preis 40 Pf. Zu beziehen durch den Verlag von Rade & Co. in Dresden.

"Die sozialdemokratische Gefahr in Baden." Eine 64seitige Broschüre mit reichhaltigem Material aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften in Baden von Redakteur U. Weismann in Freiburg i. B. Preis 25 Pf. Zu beziehen durch den Verlag der "Freiburger Volkswacht" Freiburg i. B.

"Die Neue Zeit", Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Heft 38 und 39. 30. Jahrgang. Band 2. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mt.

Gestorben.

In Berlin am 18. Juni der Seher Emil Jüngling von dort, 46 Jahre alt — Nierenleiden; am 21. Juni der Seher Franz Dittmann von dort, 30 Jahre alt — Lungen- und Nierenleiden; am 28. Juni der Seher Hermann Hennig von dort, 47 Jahre alt — Nippenfellentzündung. In Wiesfeld am 28. Juni der Maschinenseher Gustav Kronc aus Bochum, 39 Jahre alt — Lungenentzündung. In Braunschweig am 29. Juni der Seherinwitwe August Nordhoff, 69 Jahre alt.

In Eger am 1. Juli der Seher Rudolf Heber aus Neustadt i. Sa., 23 Jahre alt — Knochen tuberkulose. In Kempten am 23. Juni der Seher Ignaz Sommer, 35 Jahre alt — Schlaganfall.

In Leipzig am 25. Juni der Stereotypen Richard Schramm aus Stötteritz, 20 Jahre alt — Lungen tuberkulose.

In Vörsch am 26. Juni der Maschinenseher Ludwig Siegrist, 49 Jahre alt — Lungenleiden.

Briefkasten.

H. H. in Würzburg: Sie tun recht daran, auf das bündelartige Gesehreibsel nicht mehr einzugehen. An dem von Ihnen empfundenen Ekel können Sie den Grad des unsrigen ermaßen. Frdl. Gruß! — U. R. in Halle: Das ist Sache des Gesehmads, über den sich bekanntlich nicht streiten läßt. Beide Fälle sind richtig. — M. n. in Leipzig: Bitten betreffs der Todesanzeige K. noch einmal bei uns vorzusprechen. — W. G. in H.: Geduligen Sie sich ein paar Tage. Die Sammlung dieses Materials resp. dessen Ergänzung macht Umstände. — U. W. in H.: Ihre interessantesten Ausrechnungen werden uns jedenfalls Unlaß geben, bei einer passenden Gelegenheit darauf einzugehen. — W. W. in Wuhbad: 80 Pf.

Verbandsnachrichten.
Verbandsbureau: Berlin SW 22, Gamioplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kursfürst Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einsetzung der Statistarten über die Arbeitslosigkeit im II. Quartale 1912: 10. Juli, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können, auch wolle man vor der Anfertigung der Karten die im "Matergeber" Seite 11, Ziffer 20, gegebene Anleitung nachlesen, damit Unrichtigkeiten vermieden werden. Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzusenden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin.

Die Hauptverwaltung.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Wuhbad der Seher Bruno Schulze, geb. in Konradsdorf 1891, ausgl. in Freiburg 1910; war noch nicht Mitglied. — Oswald Große in Chemnitz, Neiwiger Straße 8 II.

In Egerfelden der Seher Christian Burdhardt, geb. in Unsbad 1861, ausgl. das. 1878; war schon Mitglied. — Joseph Seitz in München, Holzstraße 24 I.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Hugo Schöor, geb. in Kesselheim b. Koblenz 1883, ausgl. in Koblenz-Bügel 1901; 2. Roe Saß, geb. in Jerusalem 1887, ausgl. das. 1907; waren schon Mitglieder. — Heinrich Wachhaus, Allerheiligenstraße 51.

In Torgau a. E. der Korrektor Kurt Gandler, geb. in Rymnit 1881, ausgl. in Breslau 1905; war noch nicht Mitglied. — Ewald Großmann in Wittenberg a. E., Große Notemarkstraße 3.

Arbeitslosenunterstützung.

Bremen. Der Seher Heinrich Raßhofer aus München (Hauptbuchnummer 87769) erhielt hier am 27. Juni 1 Mt. Arbeitslosenunterstützung zu viel ausgezahlt. Die verehrlichen Funktionäre werden um Abzug und portofreie Einsetzung an die hiesige Verwaltung gebeten.

— Das Quittungsbuch des Sehers Karl Müller aus Bismar i. M. (Hauptbuchnummer 36666) liegt auf der hiesigen Verwaltung. M. wird zwecks Zustellung um Angabe seiner Adresse ersucht.

Verammlungskalender.

Berlin. Korrektorenversammlung Sonntag, den 7. Juli, vormittags pünktlich 10 Uhr, im "Grapsischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44.

Braunschweig. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 14. Juli, vormittags 11 Uhr, im Walfendbüchel, im Restaurant "Raffeshaus".

Breslau. Maschinenseherversammlung heute Sonntag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im "Eivolt".

Euskirchen. Versammlung heute Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Gleiwitz. Versammlung heute Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im "Bierrestaurant", Bismarckplatz (oberes Vereinszimmer, 1. Etage).

Grünberg i. Schl. Versammlung heute Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (Wäme).

Krefeld. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant "Höber".

Niederrhein. Versammlung heute Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Hb. Meißner.

Siechen. Versammlung heute Sonnabend, den 6. Juli, abends pünktlich 8 Uhr.

Zwickau. Stereotypen- und Galvanoplastiker Jahressammlung (Gau Erzgebirge/Bogland) Sonntag, den 7. Juli, vormittags 11 Uhr, in Zwickau, Restaurant "Stadt Augustusburg", Innere Leipziger Straße.

Verein für Buchdrucker und Schriftgießer in Tirol und Vorarlberg.

Zusbruch. Dem auf der Reise befindlichen Drucker Albert Rotermund (Buchnummer 3118 Hannover) sind 1 Kr. zwölfer erkaltene Tagegelder abzugeben und an Karl Künzler, "Arbeiterheim", Mentlgasse, einzusenden.

Cariauschuß der Deutschen Buchdrucker.

Preis XII (Boden, Ost- und Westpreußen).

Als Beiträge für das Kreisamt für das Jahr 1911 sind eingegangen: für 477 Verbandsmitglieder in der Provinz Posen durch Herrn Kroschel (Posen) 71,55 Mt., für 525 Verbandsmitglieder in der Provinz Westpreußen durch Herrn David (Danzig) 78,75 Mt., für 699 Verbandsmitglieder in der Provinz Ostpreußen durch Herrn Osterbe (Königsberg) 104,85 Mt., für 144 Mitglieder des Polnischen Gehilfenvereins durch Herrn Bieniczy (Posen) 21,60 Mt., für 54 Mitglieder des Gutenbergbundes in Ostpreußen durch Herrn Dabinnus (Insterburg) 8,10 Mt., für 10 Mitglieder des Gutenbergbundes in Posen durch Herrn Ritsche (Posen) 1,50 Mt., von den Herren Goldschmidt und Meinde (Posen) 0,30 Mt.; in Summa 286,65 Mt.

Felig Wagner, Gehilfenvertreter des Kreises XII.

Leistungsfähiger erster Akzidenzseher

gewandt in zeitgemäßem Entwurf und in der Sahauführung, für unsern neuzeitlich, eingerichteten Betrieb in dauernde Stellung gesucht. Nur wirklich tüchtige Herren die Hervorragendes leisten, wollen ihre Bewerbung unter Verfüzung von Entwürfen und Saghproben sowie unter Angabe ihrer Lohnansprüche und der seitigeren Tätigkeit bei uns einreichen. Brühliche Unversitäts-Buch- und Steindruckerei, Siechen. [620]

Erster Akzidenzseher

auf der Höhe der Zeit, guter Zeichner u. Complattenschneider, sucht Stellung in Sachsen (aber nicht Bedingung). Gest. Off. a. d. Geschäftsstelle d. Bl. u. Nr. 618.

Wohngebäude

mit großem, hellem Nebengebäude, für Druckerei und Buchbinderei vorzüglich geeignet und sehr vergrößernsfähig, sofort zu verkaufen. Güntliche Bedingungen. Ausführliche Auskunft erteilt der Realitor Wilhelm H. Godt, Grünberg (Westl.).

Oktobersheft 1910

des "Deutschen Buch- und Steindruckers" wird zu kaufen gesucht. Ortsverein Friedberg-Gad-Hausheim-Guhbad, W. Wittig, Wuhbad.

Gegen gutes Honorar

suche in jeder Buchdruckerei tüchtigen Kollegen zum Verkauf eines zeitgemäßen Interentenlagenwerkes. Geseh wollen tüchtige Mitarbeiter, die im Entwurfen moderner Interenten Hervorragendes leisten, mit mir in Verbindung treten. F. W. Kramer, Essen-W., Savignystraße 66. [617]

Größere Sieherei

sucht Stempelschneidereien und Matrizenbohrer anstellen für laufende Aufträge. Offerten mit genauer Preisangabe von 6-72 zu richten unter A. S. 101 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zeitungs-korrektor

(gelernter Seher), perfekter Setzer und Theater-Verdichterkorrekter, sucht baldigst Stellung. Gest. Offerten erbeten an R. Fridis, Düsseldorf, Wintermstraße 3. [614]

Johannistest

Theaterkorrektur, Postamt, Vereinsabteilungen, Farben-, Kupfer-, Buchdruck- u. technischer Verlagswesen, Künde empf. Groß-Verlagsanstalt H. Goldschmidt, Halle a. S. Reich illustrierte Preisliste umsonst!

Stenographierenterr. (Cabelberger)

erteilt Briefl. Hörer u. Lehrer H. A. Aups, Seher d. Fernunterrichts-Berichtig. Fernkurs-fundig, Buchdrucker in Deutschland, Nummer 1. W. [612]

Setzerblusen

echt blauwoll gestreift u. in jeder Farba: 110 120 130 140 cm lang
Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mark
" I. 2,85, 3,00, 3,15, 3,30 "
" II. 2,65, 2,70, 2,85, 3,00 "
" III. 2,20, 2,35, 2,50, 2,65 "

Arno Etdold in Gera (R.)

Fabrik für Bekleidungs- und Wäsche. Koenig trell [606]

Die aller Hausmittel u. millionenfach bewährt ist Lichtenheids echte HINGFONG ESSENZ
Man achte genau auf die Schutzmarke "Licht", dennur diese bietet Garantie für Echtheit u. Wirksamkeit.
In den meisten Apotheken erhältlich, wochentlich versendet das Laborat. Lichtenheid Meuselbach 8 (Thür.Wald) 12 Flaschen zu M. 3,80, nur bei 30 Flaschen franko für Wiederverkäufer.

Die verehrlichen Funktionäre werden höflichst um Preisangabe der Schriftleiter Max Gohl und Ch. Schmalzer gebeten. Entlofen werden vergütet. Artur Gähde, Bries (West-Breslau), Ohlauer Straße 49 II. [607]

TYPOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG.

Mittwoch, 10. Juli, abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Karlsburg“:
Hauptversammlung.

Tagesordnung: Vereinsmitteilungen. Protokollverlesung. Halbschichtige Neuwahl des Vorstandes: a. zweiten Vorsitzenden; b. zweiten Schriftführers; c. zweiten Archivars. Unser Winterprogramm 1912/13. Der Besuch der Kollegen aus Bremen, Lübeck, Kiel und Flensburg am 14. Juli in Hamburg. Verschiedenes. [608]

Sonntag, den 14. Juli, von 10-1 Uhr: Öffentliche Ausstellung der Johannistestkartentwürfe

in der „Karlsburg“. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sohnenden Nebenberdienst

Können sich Herren durch den Verkauf meiner Kautschukstempel verschaffen. 1430
Respektanten erhalten kostenlos mein Musterbuch. A. Dürmeyer, Stempelschreib. Kiel.

Welcher gebildete Kollege

vertrifflichen tüchtigen Charakters, mit Sinn für Naturwissenschaften und Materiel, würde sich an einer Reise durch den Schwarzwald-Schwarzwaldfränkisch-Staffeln beteiligen? Bedingung gute Touristenausstattung. Kenntnis der franz. Sprache und 100 Mt. Reisegeld. Offerten erbeten unter „Wandervogel“, Ludwigshafen a. Rh., Dammstraße 8 part. [613]

Nach kurzer, schwerer Krankheit entriß uns der Tod am 3. Juli unsern lieben Kollegen, den Setzer

Bruno Meinicke
aus Leipzig-Connewitz, im Alter von 29 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Firma Oskar Lohner, Leipzig. [610]

Am 20. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Setzerinvalide

August Nordhoff
nach längerem Leiden im 69. Lebensjahre. Sein Andenken wird stets in Ehren halten Der Bezirksverein Braunschweig. [615]

In seiner Heimat in Thum i. Erzg. verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzer

Ed. Berndt
im Alter von 23 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren Der Ortsverein Meuselwitz-Lucka (S.-A.). [611]